

FLUTKATASTROPHE IN NRW

Unsere Solidarität ist gefragt: Helft mit und spendet für die betroffenen Hochwasserregionen. Wie ihr helfen könnt, erfahrt ihr unter www.nrwspd.de/hochwasserhilfe



MITFÜHLEN. HELFEN. HANDELN.

Mehr als 170 Menschen sind bei der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen Mitte Juni ums Leben gekommen. Hunderte wurden verletzt, Tausende haben ihr Hab und Gut verloren. In dieser Situation zeigt NRW, was Solidarität bedeutet. Die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ist bis heute groß. Doch auch politisch gilt es jetzt, in Land und Bund, die richtigen Lehren aus der Katastrophe zu ziehen.

„Die Verluste und Schäden werden die betroffenen Orte und Regionen noch lange prägen“, schildert NRWSPD-Vorsitzender Thomas Kutschaty seine Eindrücke nach dem Besuch vor Ort. Die Bilder aus Stolberg, Eschweiler, Wuppertal, Bad Münstereifel oder Hagen haben sich eingepreßt: weggespülte Straßen, völlig zerstörte Häuser, ein evakuiertes Krankenhaus, das im Schlamm steckt. Am Straßenrand stapelt sich der Müll. Fotoalben, Erinnerungen an ein ganzes Leben, alles wurde von der Flut zerstört.

Es ist bewundernswert, wie die Menschen schon nach einigen Stunden des Schocks mit den Aufräumarbeiten beginnen. Unterkriegen lassen ist keine Option. Und sie beweisen, was großer Zusammenhalt schaffen kann. Unterkünfte vermitteln, Kleidung reichen, die Nachbarschaft von Schlamm und Schutt befreien – schnell zeigt sich, wie gegenseitige Unterstützung Hoffnung erzeugt.

Klar wird aber auch, dass die Region mit den immensen Schäden nicht allein gelassen werden darf. SPD-Kanzlerkandidat und Bundesfinanzminister Olaf Scholz bricht seinen Urlaub ab, macht sich selbst ein Bild und stellt direkt klar: „Selbstverständlich ist es so, dass das eine Katastrophe ist, die nicht allein auf Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen begrenzt ist“. Es sei „eine Angelegenheit von nationaler Bedeutung, bei der wir

auch, wie zum Beispiel bei anderen Flutkatastrophen, jetzt gemeinsam handeln und unterstützen werden.“

Scholz erarbeitet bereits über das Wochenende ein Hilfsprogramm. In der Folge bewilligt das Bundeskabinett auf seinen Vorschlag hin eine Soforthilfe, damit Personen, die im Hochwasser einen Schaden an Wohnraum, Hausrat oder Kleidung erlitten haben, unbürokratisch und schnell bis zu 3.500 Euro erhalten können. Weitere Hilfen folgen.

NRWSPD-Vorsitzender Thomas Kutschaty verdeutlicht: „Alleine in einem Krankenhaus ist ein Schaden in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags entstanden. Ohnehin sind Baukosten momentan sehr teuer. Die Regionen brauchen über lange Zeit mehrere Milliarden.“ Scholz macht deutlich, dass hierfür im Bund ein Paket geschnürt wird. Kutschaty fordert daneben die Regierung in NRW auf, einen landeseigenen Wiederaufbaufonds aufzulegen.

Der Wiederaufbau ist das eine, die Lehren aus dieser Katastrophe zu ziehen, das andere. Die Städte, Gemeinden und Kreise müssen finanziell in die Lage versetzt werden, eigene Klimaschutzkonzepte auch umsetzen zu können. Außerdem ist offensichtlich geworden, dass die Warnsysteme im Land im Katastrophenfall nicht einsatzfähig sind. Auch die Bewertung des Starkregenrisikos durch die NRW-Regierung gilt es weiter zu hinterfragen. Die Debatten um diese Zukunftsfragen haben gerade erst begonnen. ■



VOR WASHINGTON UND VENEDIG KOMMT DUISBURG

Kanzlerkandidat Olaf Scholz überzeugt in NRW



Fotos ©: Florn Grosse

Nach langen Corona-Monaten ist der direkte Dialog endlich wieder möglich. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz nutzt dies gleich, um die Menschen in NRW zu überzeugen. Und so verwundert die Wahl seines ersten Werksbesuchs nicht: das Hüttenwerk HKM in Duisburg.

Seit 1990 werden hier jährlich Millionen Tonnen Stahl gefertigt. Die Beschäftigten und die IG-Metall wollen, dass das auch so bleibt: „Stahl ist Zukunft. Die Technologie brauchen wir auch in 40 Jahren noch“, sagte Knut Giesler, IG Metall-Vorsitzender in NRW, gleich zu Beginn der Diskussion. Egal, ob neue Züge, Ladesäulen für E-Autos oder Windkraftwerke – wer klimaneutral werden und die Pariser Klimaschutzziele erreichen will, braucht Stahl. Derzeit werden bei der Produktion einer Tonne Rohstahl rund 1,7 Tonnen CO₂-Emissionen erzeugt. Mit Wasserstoff und grünem Strom können diese Emissionen stark zurückgehen. Dafür müssen jetzt die Rahmenbedingungen geschaffen werden.

SCHOLZ WILL INDUSTRIE-ARBEITSPLÄTZE ERHALTEN

„Die hohen Investitionen brauchen Vertrauen, damit sie getätigt werden“, so HKM-Geschäftsführer Dr. Herbert Eichelkraut. Bis 2025 möchte HKM seinen CO₂-Ausstoß um 30 Prozent reduzieren, bis 2045 will man weitgehend klimaneutral produzieren. Dass dieses Vertrauen derzeit vielen Unternehmen fehlt, wird beispielsweise am Ausbau der Hochleistungsstrasse Suedlink deutlich. Sie soll den an der Nordseeküste erzeugten Windstrom in die südlichen Bundesländer transportieren. Geplant ist, dass die Trasse bis 2028 fertig ist. Ob der Zeitplan aufgrund der hohen Anzahl von Einsprüchen und Beschwerden verwirklicht werden kann, ist derzeit fraglich.

Olaf Scholz macht in der Diskussion klar, dass Zukunft so nicht gelingen kann: „Unser Planungsrecht reicht von vorn bis hinten nicht für den Ausbau der erneuerbaren Energien“. „Wir müssen das Baurecht schon im nächsten Jahr ändern, damit wir die Hochleistungsstrasse Suedlink

zum rechten Zeitpunkt hinbekommen“, erklärt der SPD-Kanzlerkandidat. Scholz will machen. Denn er weiß, was auf dem Spiel steht: Gelingt es der Politik nicht, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die großen Infrastrukturprojekte bei der Energiewende umgesetzt werden können, steht nicht nur das Vertrauen der privaten Investoren auf dem Spiel, sondern vor allem das Erreichen der Klimaziele und die Zukunft von Millionen Arbeitsplätzen.

FÜR NEUE INTERNATIONALE GEMEINSAMKEIT

Scholz will nicht nur machen. Er macht auch. Das zeigt er in Venedig beim Finanzministertreffen der G20-Staaten, der Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Nicht wenige politische Analyst*innen hatten das internationale Staatenbündnis schon totgesagt. Scholz belebt es derzeit neu. Auf Englisch, frei sprechend, trägt er beim ersten Termin die Pläne zur Gründung eines internationalen Klimaclubs vor, in dem sich die Staaten der Welt beim Klimaschutz

abstimmen. Eine Idee, die zunächst belächelt wurde. Jetzt schafft sie es sogar ins G20-Abschlussdokument.

Den größten Erfolg verbuchte der SPD-Kanzlerkandidat jedoch bei der weltweiten Mindeststeuer von Unternehmen. Große Unternehmen sollen ab 2023 verpflichtet werden, Steuern in dem Land zu bezahlen, in dem die Wertschöpfung stattfindet. Die Folge der Vereinbarung: Steuerdumping wird für viele Staaten unmöglich und sogenannte Steueroasen werden durch das Abkommen ausgetrocknet. „We know, that's your baby“, („Wir wissen, es ist dein Baby“) hatte US-

Finanzministerin Janet Yellen bei einem Treffen mit Scholz in Washington zum deutschen Finanzminister gesagt. Lange hatte keiner diese Einigung für möglich gehalten. Nun steht sie und wird dafür sorgen, dass die großen Technologie- und Internet-Riesen endlich Steuern bezahlen müssen. Ein großer Sieg für die Gerechtigkeit und für den SPD-Kanzlerkandidaten.

KANZLERRENNEN: ZWEI STREITEN, EINER ARBEITET

Ob Duisburg oder Venedig: Scholz zeigt nicht nur, dass die SPD ein Programm für die Zukunft hat, sondern dass er es auch umsetzen kann, indem er überzeugt. Während sich die politische Konkurrenz um das Kanzleramt streitet, macht Scholz seinen Job – mit Erfolg, denn er duckt sich vor den großen Zukunftsaufgaben nicht weg. Egal, ob es um den Erhalt von Industriearbeitsplätzen in NRW geht oder um Steuergerechtigkeit auf dem internationalen Parkett. ■



Am 14.08.2021 findet der zentrale Auftakt in die heiße Wahlkampfphase in Bochum statt. Weitere Infos dazu werden in Kürze auf nrwspd.de veröffentlicht.

DIE BILANZ VON ARMIN LASCHETS WURSTPARTY

Die Fallzahlen in NRW gehen wieder hoch. Die Delta-Variante ist auch in Düsseldorf angekommen. Währenddessen feiern die Koalitionäre von CDU und FDP das vierjährige Bestehen ihres Bündnisses. Unpassender geht es kaum. Wir kennen die Fakten nach vier Jahren:



– 41 PROZENT IN DREI JAHREN: SOZIALER WOHNUNGSBAU SAKT DRAMATISCH AB

Über 9.300 Sozial-Wohnungen baute die SPD-geführte Vorgängerregierung 2016. Seither nimmt die Zahl kontinuierlich ab. Während fünf NRW-Städte in den bundesweiten „Top Ten“ der Städte mit den höchsten Mieten liegen, baute die Laschet-Regierung 2019 nur noch 5.463 neue Sozial-Wohnungen.



BETREUUNGSPLATZ-AUSBAU: NRW AUF DEM VORLETZTEN PLATZ

„Der Ausbau von sowohl U3- als auch Ü3-Betreuungsplätzen ist für uns ein wichtiges Ziel“, hieß es 2017 im Koalitionsvertrag von CDU/FDP. Was wurde erreicht? NRW ist auf dem vorletzten Platz im Ländervergleich. Der Betreuungsplatz-Ausbau ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen.



BILDUNGS-AUSGABEN PRO SCHÜLER*IN: NRW SCHLUSSLICHT

Bei Kindern und Jugendlichen kommt die große Bildungsoffensive, die die Regierung Laschet 2017 bei Amtsantritt versprochen hatte, nicht an. 7.200 Euro/Jahr investierte NRW 2019 pro Schulkind. Negativrekord: Kein Bundesland spart mehr auf Kosten unserer Zukunft.



AUFGEBLASENE MINISTERIEN, WÄHREND LEHRKRÄFTE UND FINANZBEAMT*INNEN FEHLEN

941 neue Stellen hat die Laschet-Regierung für sich geschaffen (+15% seit 2017) – umgerechnet drei neue Ministerien. Doch bei den Bürger*innen kommt der Stellenzuwachs nicht an. Fehlendes Lehrpersonal, zu wenig Finanzbeamt*innen. Zum 01.01.2021 waren mehr als 15.000 Stellen unbesetzt.



WINDKRAFTAUSBAU? ERNEUERBARE ENERGIEN HABEN KEINE HOHE PRIORITÄT

210 moderne 4,5 Megawatt-Windkraft-Anlagen müssten in NRW pro Jahr errichtet werden. Seit Laschets Amtsantritt ist der Ausbau kontinuierlich zurückgegangen. Allein im letzten Regierungsjahr unter Hannelore Kraft wurden mehr Anlagen errichtet als in den Jahren 2018-2020 zusammen.



ATTRAKTIVITÄTSSTEIFERUNG DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES KRACHEND GESCHEITERT

15.000 unbesetzte Stellen und fehlende Bewerbungen. Doch die Laschet-Regierung schmetterte die Vorschläge des DBB und des DGB ab: keine Absenkung der Wochenarbeitszeit und auch keine Frauenförderung. Trotz großer Erwartungen: Die Verhandlungen erzielten kein Ergebnis.

Icons by Hea Poh Lin from the Noun Project

3X KURZ UND KNAPP

AARON SPIELMANN

Mit 22 Jahren bist Du der jüngste SPD-Bundestagskandidat in NRW. Was sagst Du gerade jungen Menschen, warum sie am 26.09. ihre Kreuze bei der SPD setzen sollen?

Weil die SPD die besten Ideen für die Zukunft unseres Landes hat und jungen Menschen eine Chance gibt.

Junge Köpfe, kreative Ideen. Mit welchen Wahlkampfaktionen willst Du die Menschen im Rhein-Erft-Kreis von Dir begeistern?

Pizza & Politik, Freibadaktionen, Currywurstbike-Touren, „Auf ein Bier mit Aaron“ & Hausbesuche.

Welches politische Vorhaben ist für Dich eine Herzensangelegenheit?

Die Bewältigung des Strukturwandels in meiner Region, neue Jobs, bessere (digitale) Infrastruktur.



Foto ©: Aaron Spielmann

Aaron Spielmanns (22) ist jüngster Bundestagskandidat der NRWSPD und kandidiert als Direktkandidat im Wahlkreis Rhein-Erft-Kreis I. Von seinen Eltern hat Aaron gehört, dass er als Kind in einem Freundebuch in der Rubrik „Traumberufe“ Kanzler reingekritzelt hat.

NADINE HESELHAUS

Du kandidierst zum ersten Mal für den Bundestag. Mit welchen Themen willst Du die Menschen in Deinem Borkener Wahlkreis für die SPD begeistern?

Für uns im ländlichen Raum ist es wichtig, dass unsere Orte gestärkt werden. Dabei geht es um kostenfreie und attraktive Mobilität, um Klimaschutz, eine gute Nahversorgung und schnelle Internetverbindung. Diese Themen verfolgen wir auf kommunaler Ebene, diese will ich auf Bundesebene unterstützen.

In Deinem Wahlkreis war bisher Johannes Röring, ein Top-Nebenverdiener im Bundestag, direktgewählter Abgeordneter. Wie willst Du das Vertrauen in die Politik nach den diversen Affären der Konservativen in Deinem Wahlkampf wieder stärken?

Mit voller Transparenz. Alle haben das Recht zu erfahren, wen Sie in den Bundestag wählen und was diese Person dort tut. Deshalb werde ich alles offen kommunizieren. Mir liegen die Menschen in meinem Wahlkreis am Herzen. Das werde ich durch den direkten Draht zu ihnen auch in Zukunft beweisen.



Foto ©: Nadine Heselhaus

Nadine Heselhaus (42) lebt mit ihren vier Kindern im Kreis Borken und tritt dort als SPD-Bundestagskandidatin an. Nadine ist seit März 2021 Mitglied im NRWSPD-Landesvorstand und arbeitet als Finanzprüferin.

Zu Deinen politischen Schwerpunkten gehört die Familienpolitik. Warum lohnt es sich für junge Familien ihr Kreuz am 26.09. bei der SPD zu machen und Olaf Scholz zum Kanzler zu wählen?

Eine gute Zukunft braucht starke Familien. Wir schaffen mehr Zeit für einander. Der Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Junge Menschen sollen kostenfrei den Nahverkehr nutzen. Eine Ausbildungsgarantie gibt die notwendige Sicherheit. Dafür sorgen wir. ■